

Presse-Spiegel

für Vorstand und Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag, 16.09.2010

Nr. 179

Schlagzeilen

FAZ: Wulff sieht sich weiterhin nur als „Mediator“

SZ: Merkel kämpft für neuen Bahnhof in Stuttgart

FR: Mit Gorleben über Kreuz

Welt: Merkel macht Stuttgart 21 zum Wahlkampfthema

HB: Was kostet die Sonne?

TSP: Merkel will jetzt regieren

FTD: Angriff auf die Hardthöhe

Berl. Ztg.: Berlin – Hauptstadt der Kinderarmut

TAZ: Regierung schafft Hartz IV ab!

BILD: Jedes Jahr Miete rauf?



**Politisches Archiv
Willy-Brandt-Haus**



Anleitung zur Menschenzucht

Warum die SPD einen Thilo Sarrazin in ihren Reihen nicht dulden kann
eine Anklage VON SIGMAR GABRIEL

Damit zu Beginn kein Missverständnis entsteht: Unsere Gesellschaft braucht mit Sicherheit eine tabulose und offene Diskussion über die Misserfolge unserer Integrationspolitik. Und über die Erfolge, die es eben auch gibt und an denen man mehr für eine bessere Integration von Zuwanderern lernen kann als am Gegenteil. Aber kein Zweifel: Es gibt Parallelgesellschaften, in denen die Scharia wichtiger ist als das Grundgesetz. Es gibt Hassprediger und auch eine erkennbar höhere Kriminalität. Und es gibt auch Bildungsferne und Bildungsverweigerung. Vieles davon hat mit einer sich verfestigenden Unterschicht ohne wirkliche Aufstiegschancen zu tun. Das trifft auch deutsche Jugendliche und deutsche Erwachsene, aber Ausländerinnen und Ausländer sind dort überdurchschnittlich vertreten. Aber das ist nicht die einzige Erklärung, und die unübersehbaren Probleme haben ihre Ursachen nicht nur im Integrationsversagen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihrer Politik, sondern auch in erheblicher Integrationsverweigerung bei einem nicht kleinen Teil der betroffenen Migranten. Es gibt deshalb keinen Grund, Thilo Sarrazin oder andere zu kritisieren, wenn sie diese mangelnde Integrationsbereitschaft anprangern. Über all das darf, ja muss laut und vernehmlich geredet und auch gestritten werden. Und dafür sollte in Deutschland niemand aus der Bundesbank oder einer Partei geworfen werden.

Liest man allerdings sein Buch, stellt man fest: Es geht darin im Kern gar nicht um Integration. Es ist ein Buch über »oben« und »unten« in unserer Gesellschaft und darüber, warum es nicht nur gerecht, sondern auch aus biologischen Gründen völlig normal ist, dass es dieses »Oben« und »Unten« gibt. Dass in Sarrazins Buch Muslime vorkommen, liegt vor allem daran, dass sie in unserer Gesellschaft meist »unten« anzutreffen sind. Für Thilo Sarrazin sind sie fast zufällige Beispiele in einer wesentlich grundsätzlicheren Debatte.

Eines steht fest: Man kann Thilo Sarrazin jedenfalls nicht vorwerfen, er würde nicht klar und deutlich schreiben, was er denkt und was er will. Sein Buch ist nicht mehr und nicht weniger als die Rechtfertigungsschrift für eine Politik, die zwischen (sozioökonomisch) wertvollem und weniger wertvollem Leben unterscheidet. Er greift dabei zurück auf bevölkerungspolitische Theorien, die Ende des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Grundlage für die schrecklichsten Verirrungen politischer Bewegungen wurden. Staatliche Entscheidungen über gewünschtes und unerwünschtes Leben führten in Schweden – unter Anleitung von Sozialdemokraten (!) – zu 60 000 Sterilisationen. Und auch in Deutschland war es in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sowohl in bürgerlichen wie in sozialdemokratischen Kreisen durchaus populär,

für eine vom Staat getroffene Unterscheidung zwischen gewünschter und unerwünschter Fortpflanzung einzutreten. Am katastrophalen Ende bemächtigten sich die Nationalsozialisten der Eugenik. Andere hatten ihnen dafür den Boden bereitet, und Wissenschaftler lieferten die perversen Begründungen für die Auslöschung »unerwünschten« Lebens.

Es gibt also reale Erfahrungen mit den Allmachtsfantasien einer Politik, die meint, die besseren Menschen schaffen zu können. Thilo Sarrazin ist gewiss kein Rassist, aber obwohl er freimütig die Urheber dieser Bevölkerungstheorien zitiert und für sich in Anspruch nimmt, ist ihm diese historische Einordnung keine Zeile wert. Stattdessen formuliert er: »In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es immer mehr Angriffe auf die Fragestellung. Diese Attacken waren letztlich Ausdruck von Wertungen, die gewisse Fragen als unzulässig verwarfen. Aber sie waren nicht empirisch begründet.« (S. 353) Wie weit muss man sich intellektuell verirren, um die Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollständig auszublenden, obwohl sie natürlich der grauenhafteste »empirische Befund« waren, den man für die Unzulässigkeit derartiger »Fragestellungen« finden kann. Das Grundgesetz ist ja – den Nürnberger Ärzteprozess noch vor Augen – gerade gegen diese Verbindung der sozialen mit der genetischen Frage geschrieben worden.

Diesen Hintergrund weder recherchiert noch veröffentlicht zu haben, ist übrigens der eigentliche Vorwurf, den man den Medien machen muss, die Thilo Sarrazins Buch zur Förderung des Buchverkaufs (und der eigenen Auflage) vorab publiziert haben. Wer so viel eigene Verantwortung für grundlegende Missverständnisse in der Rezeption des Buches trägt, von dem darf man wohl auch hinterher nicht viel mehr erwarten als ein bisschen Stilkritik zur Meinungsbildung in der SPD oder der Bundesbank.

Sarrazin hält das Entstehen von »oben« und »unten« in unserer Gesellschaft für das Ergebnis natürlicher Auslese durch Vererbung: »Intelligenz ist aber zu 50 bis 80 Prozent erblich. Deshalb

bedeutet ein schichtabhängig unterschiedliches generatives Verhalten leider auch, dass sich das vererbte intellektuelle Potenzial der Bevölkerung kontinuierlich vermindert.« (S. 91/92)

Das ist Sarrazins fast noch harmlos klingende Ausgangsthese. Nun könnte man ja durchaus in einen wissenschaftlichen Streit über den Anteil vererbbarer In-

telligenz eintreten wie auch über die intellektuellen Entwicklungspotenziale eines Menschen, die vor allem von frühkindlicher Förderung, kognitiver und emotionaler Anregung abhängen und nicht überwiegend oder gar ausschließlich von den Anlagen der Eltern. Das ist aber nicht das eigentliche Problem dieser These. Sondern sie beinhaltet, dass die Angehörigkeit zu einer Schicht ganz primär mit der vererbten Intelligenz zu tun hat. Thilo Sarrazin behauptet denn auch, dass es »belegt ist (...), dass zwischen Schichtzugehörigkeit und Intelligenzleistung ein recht enger Zusammenhang besteht.« (S. 93)

Für Sarrazin beruht die Schichtung einer Gesellschaft somit ganz überwiegend auf natürlicher biologischer Auslese. Einflussfaktoren wie Einkommensverhältnisse, Bildung, Sozialstatus, kulturelle Prägung, Integration oder Desintegration in den Arbeitsmarkt sind für ihn zu vernachlässigende Restgrößen. Der Erfolg oder Misserfolg einer Gesellschaft ist für Sarrazin deshalb vor allem davon abhängig, dass die »richtigen« Menschen viele Kinder bekommen, um ihre Intelligenz zu vererben. Und die anderen weniger. Wenn Deutschland also in den Pisa-Schultests schlecht abschneidet, dann nicht wegen eines falschen Bildungssystems – wie alle internationalen Bildungsforscher meinen –, sondern weil wir seit Jahrzehnten in unserem Land eine falsche Geburtenpolitik betreiben. Denn: »Das Muster des generativen Verhaltens in Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre ist nicht nur keine Darwinische natürliche Zuchtwahl im Sinne von »survival of the fittest«, sondern eine kulturell bedingte, vom Menschen selbst gesteuerte negative Selektion, die den einzigen nachwachsenden Rohstoff, den Deutschland hat, nämlich Intelligenz, relativ und absolut in hohem Tempo vermindert.« (S. 353)

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Mit »vom Menschen gesteuerte negativer Selektion« meint Thilo Sarrazin nicht nur die Zuwanderung muslimischer Migranten, wenn dies auch aus seiner Sicht schon schlimm genug wäre. Er meint auch zu hohe Sozialhilfesätze, die es unteren Schichten ermöglichen, Kinder zu ernähren. Damit – so die Sarrazinsche Logik – gibt es nur Anreize für den falschen Genpool. Thilo Sarrazins Bevölkerungspolitik hat nicht »nur« Aische und Ali im Sinn. Es geht ihm auch um Kevin und Cornelia, wenn sie nicht aus der richtigen Schicht kommen.

Das gleiche gilt für ihn auch für den Länderfinanzausgleich zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands, weil »die in Schwaben lebenden Menschen durchschnittlich einen höheren Intelligenzquotienten haben als jene in der Uckermark (...).« (S. 24) Nicht die Deindustrialisierung des Nordostens nach der Wiedervereinigung ist also schuld am hohen Anteil von Hartz-IV-Empfängern, sondern die genetisch bedingt weniger tüchtige Bevölkerung

(vgl. S. 77). Wer denen im Norden oder im Nordosten Geld gibt, der schmeißt für Thilo Sarrazin nur Geld zum Fenster heraus, denn Geld macht nicht klüger. Es führt nur dazu, dass die Dummen weiter unter sich bleiben können. Aber eigentlich ist das Ganze noch viel schlimmer, denn selbst die Abwanderung aus dem Norden in den Süden ist kein Ausweg: Wenn sich nämlich die Norddeutschen mit den Süddeutschen durch Abwanderung und Heirat vermischen, sinkt die durchschnittliche Intelligenz der Süddeutschen. Wohlgemerkt: Dieser absurde Unsinn stammt nicht aus einer Aschermittwochsrede in Bayern, sondern aus dem medial wie kein zweites Buch gehypten angeblichen »Integrations«-Bestseller Thilo Sarrazins.

Obwohl Thilo Sarrazin längere Ausführungen der Bildungspolitik widmet, zweifelt er doch an deren Wirksamkeit. Denn an einer im Wesentlichen durch Vererbung weitergegebenen Intelligenz und den mit ihr aus Sarrazins Sicht verbundenen Charaktereigenschaften wie Fleiß, Anstrengung und Disziplin können auch die besten Integrationsbemühungen durch Förderung und Bildung nicht viel ändern: »Auch im besten Bildungssystem wird die angeborene Ungleichheit der Menschen durch Bildung nicht verringert, sondern eher akzentuiert.« (S. 249) Und weiter heißt es: »Für einen großen Teil dieser Kinder ist der Misserfolg mit ihrer Geburten bereits besiegelt: Sie erben (1) gemäß den Mendelschen Gesetzen die intellektuelle Ausstattung ihrer Eltern und werden (2) durch deren Bildungsferne und generelle Grunddisposition benachteiligt.« (S. 175)

Wenn also heute 40 Prozent der ausländischen Jugendlichen in Deutschland keinen berufsqualifizierenden Abschluss machen, dann liegt das dem Grunde nach an den Mendelschen Gesetzen und nicht etwa an mangelnder Sprachförderung oder fehlenden Ganztagschulen. Es liegt dann übrigens auch nicht am mangelnden Integrationswillen vieler zugewandelter Eltern, der ja durchaus zu Recht beklagt wird. Nimmt man Sarrazin ernst, ist es egal, ob sich die Eltern anstrengen, ihre Kinder zur Sprachförderung in den Kindergarten schicken oder die Hausaufgaben kontrollieren. Der Misserfolg ist ja bereits genetisch angelegt. Für Sarrazin steht fest, »dass Menschen unterschiedlich sind – nämlich intellektuell mehr oder weniger begabt, fauler oder fleißiger, mehr oder weniger moralisch gefestigt – und dass noch so viel Bildung und Chancengleichheit daran nichts ändert.« (S. 9.) Welch ein hoffnungsloses Menschenbild wird hier, mehr als 200 Jahre nach der europäischen Aufklärung, produziert?

Auch von lebenslangem Lernen hält der Autor nichts. Wer körperlich arbeitet, ist für ihn dort richtig aufgehoben: »Oft sind Menschen, die vorwiegend körperliche Arbeit verrichten, auch gar nicht geeignet für geistige oder verwaltende Tätigkeiten und schon gar nicht für Umschulungen in späteren Lebensjahren, weil sie, wie die Bildungspolitiker das bezeichnen, eher praktisch begabt sind.« (S. 55)

»Jeder auf seinem Platz!« Selten hat es eine so unverblühte Wiederbelebung der ständischen Gesellschaft gegeben. Fehlt nur noch, dass Sarrazin das Dreiklassenwahlrecht als standesgemäße Förderung generativen Verhaltens wiederentdeckt.

Da Bildungsanstrengungen die vorgegebene Intelligenz ganzer Bevölkerungsgruppen, Religionsgemeinschaften oder Völker für Sarrazin nur »akzentuieren« können, sieht er es als staatliche Aufgabe (!!!) an, in das Geburtenverhalten schichtenspezifisch einzugreifen. Und zwar nach einer ganz ein-

fachen Formel: Oben = gut —> mehr davon. Unten = schlecht —> weniger davon.

Thilo Sarrazin scheut sich in seinem Buch auch nicht, Vorschläge dafür zu machen, wie man diese gezielte Auswahl von scheinbar werthaltigeren Eltern voranbringen könnte: »Es könnte beispielsweise bei abgeschlossenem Studium für jedes Kind, das vor Vollendung des 30. Lebensjahres der Mutter geboren wird, eine staatliche Prämie von 50 000 Euro ausgesetzt werden. (...) Die Prämie – und das wird die politische Klippe sein – dürfte allerdings nur selektiv eingesetzt werden, nämlich für jene Gruppen, bei denen eine höhere Fruchtbarkeit zur Verbesserung der sozioökonomischen Qualität der Geburtenstruktur besonders erwünscht ist.« (S. 389/390)

Die Forderung, hohe staatliche Gebärprämien gezielt für unter 30-jährige Akademikerinnen auszuloben, klingt schon einigermaßen absurd. Die dann allerdings beschriebene politische Aufgabe, diese nur jenen Frauen zukommen zu lassen, die aus der richtigen gesellschaftlichen Gruppe kommen, ist zutiefst verstörend: Sarrazin würde diese Prämie eben nicht jeder Akademikerin geben, sondern nur dann, wenn sie in seinen Augen eine Förderung verdient, weil sie über ein besseres genetisches Potenzial verfügt. Wenn sie also aus einer sozial erwünschten Gruppe oder Schicht kommt. Und die Definition der zu fördernden Gruppe oder Schicht ist nach Sarrazins Auffassung die Aufgabe der Politik. Welch ein Wahnsinn! Spätestens jetzt ist klar: Thilo Sarrazin führt keine Integrations-, sondern eine Selektionsdebatte.

Sarrazin greift dabei ganz offen auf Francis Galton zurück (S. 92, 352), allerdings ohne seine Leser darüber aufzuklären, wer das eigentlich ist. Ein Blick in den Brockhaus hilft weiter: Galton ist ein britischer Naturforscher, der im 19. Jahrhundert als Vater der modernen Eugenik von dem Gedanken beseelt war, »die Qualität der Menschheit durch gezielte Auswahl der Eltern zu verbessern«.

Es ist also im Deutschland des 21. Jahrhunderts möglich, mit den eugenischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts stürmischen Beifall zu erzeugen. Eigentlich kann man nur hoffen, dass die lautstarken Befürworter Sarrazins das Buch nicht gelesen haben. Sonst müsste jedem überzeugten Demokraten und aufgeklärten Bürger dieses Landes Angst und Bange werden. Ich gebe freimütig zu: Wenn mir etwas Sorge macht, dann nicht Sarrazins Buch, das ich für das absurde Ergebnis eines Hobby-Darwins halte. Viel mehr Sorge macht mir, dass dieser Rückgriff auf die Eugenik in unserem Land gar nicht mehr auffällt, ja mehr noch: als »notwendiger Tabubruch« frenetisch gefeiert wird. Das hätte ich noch vor einem Monat für völlig undenkbar gehalten. Wem es bei der Botschaft »neues Leben nur aus erwünschten Gruppen« nicht kalt über den Rücken läuft, der hat wohl nichts begriffen. Thilo Sarrazin muss sich entscheiden, ob er dafür wirklich in Anspruch genommen werden will. Die SPD jedenfalls will sich damit nicht in Verbindung bringen lassen. Wer uns empfiehlt, diese Botschaft in unseren Reihen zu dulden, der fordert uns zur Aufgabe all dessen auf, was Sozialdemokratie ausmacht: unser Bild vom freien und zur Emanzipation fähigen Menschen. Und wer uns rät, doch Rücksicht auf die Wählerschaft zu nehmen, die Sarrazins Thesen (oder dem, was davon veröffentlicht wurde) zustimmt, der empfiehlt uns taktisches Verhalten dort, wo es um Grundsätze geht – und darüber jenen Opportunismus, der den Parteien sonst so häufig vorgeworfen wird.

Der Hobby-Eugeniker Sarrazin und seine medialen Helfershelfer sind dabei, Theorien der staatlichen Genomauswahl wieder salon- und hoffähig zu machen. Andere und Schlimmere werden sich darauf berufen. Wer unter dem Banner der Meinungsfreiheit (»Das wird man doch wohl noch sagen dürfen ...«) ethnische (und in der Causa Steinbach: historische) Ressentiments in der Politik wieder geschäftsfähig macht, der

bereitet den Boden für die Hassprediger im eigenen Volk. Sie erhalten eine echte Chance, wenn Thilo Sarrazins Buch als intellektuelle Bereicherung

gilt statt als das, was es wirklich ist: eine ungeheure intellektuelle Entgleisung. Würde diese gesellschaftsfähig, dann wäre der Titel des Buches in der Tat völlig berechtigt und zugleich eine düstere Prognose. Denn dann schafft Deutschland sich tatsächlich ab, jedenfalls in seiner heutigen, demokratischen, aufgeklärten Verfassung.

Gabriel rechnet ab

Oppositionsführer attackiert Merkel – die Kanzlerin antwortet ungewohnt kämpferisch

Von Holger Schmale

BERLIN. Am Ende ist sogar Gregor Gysi von Angela Merkel beeindruckt. Das sei ja ein beachtliches Kämpfertum, das sie da in ihrer Haushaltsrede vor dem Bundestag gezeigt habe, sagt der Chef der Linksfraktion, der direkt nach der Bundeskanzlerin an das Rednerpult tritt. Da könne man einmal sehen, welche Kräfte Frustration und Verzweiflung wecken könnten.

Das ist eine Interpretation, über die Merkel nur lachen kann. Aber wahr ist: So hat man die Kanzlerin selten erlebt in einer Parlamentsdebatte. Still hat sie eine halbe Stunde lang die brillant geführten Attacken des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel ertragen. Dessen Auftritt erfüllt den traditionellen Anspruch, die Debatte über den Kanzleretat diene der Generalabrechnung der Opposition mit der Regierung, wie schon lange keine Rede aus diesem Anlass mehr.

Ganz leise sind sie in den Reihen der Koalitionsfraktionen geworden angesichts Gabriels wortgewaltiger Abrechnung mit fast einem Jahr schwarz-gelber Chaos-Regierung. „Ihnen fehlt jede Vorstellung von Gemeinwohl, Frau Dr. Merkel“, ruft der SPD-Vorsitzende und wendet sich ihr mit seiner ganzen Körperfülle zu. Sie lässt das abprallen, meidet jeden Blickkontakt mit dem Kontrahenten, schaut in die Ferne.

Gabriel nimmt sich den Unionsfraktionschef Volker Kauder vor: „Noch nie ist eine Koalition derart heruntergekommen wie Ihre. Wie konnte das passieren?“ Kauder saust mit seinem Sessel so empört vor und zurück, dass es ihn fast aus den Gleitschienen hebt. Dann ist Guido Westerwelle dran: Keinen einzigen wahrnehmbaren Impuls habe der FDP-Chef in der Außenpolitik gesetzt, rügt Gabriel. Aber mit seiner Attitüde des „Man wird doch wohl noch sagen dür-

fen“ habe er als Erster das Schüren von Ressentiments in der politischen Debatte salonfähig gemacht.

Und schließlich Wirtschaftsminister Rainer Brüderle: Der habe mit der FDP gegen alle Konjunkturprogramme der großen Koalition gestimmt, buche deren heilsame Wirkung nun aber auf sein Konto: „Sie sind der größte Abstauber in der Politik.“

So geht das Schlag auf Schlag, und das Problem für die Koalition ist: Es ist eben nicht nur gekonnte Polemik, sondern jeder weiß, dass einiges dran ist an Gabriels Abrechnung. Und wird Angela Merkel diese rhetorische Wucht parieren können?

Dies ist ein entscheidender Auftritt für die Kanzlerin. Sie spricht zwar vor dem ganzen Bundestag, aber sie spricht vor allem zu den Abgeordneten ihrer Koalition. Die sind nach einem für Schwarz-Gelb katastrophalen halben Jahr ziemlich deprimiert in die Sommerpause gegangen und jetzt zum ersten Mal wieder zusammen. Sie müssen aufgerichtet, eingeschworen werden, damit der von Angela Merkel angekündigte Herbst der Entscheidungen nicht zu einem neuen Fiasco für die Koalition wird. Und es klappt.

Mit einer ungeahnt kämpferischen Rede weckt die Kanzlerin ihre Abgeordneten aus der Lethargie. Sie zählt noch einmal die Projekte der Koalition auf: Schuldenabbau, Sicherung der Sozialsysteme, Reform des Gesundheitssystems, das Energiekonzept. Und sie greift die Opposition an: Rolle rückwärts der SPD bei der Rente mit 67, historisches Versagen der SPD bei der Stabilisierung des Euro, Verweigerung von Rot-Grün bei der Atommüll-Entsorgung und dem Ausbau neuer Infrastrukturen, „von der ganzen linken Seite kommt dazu nichts“, ruft sie und erntet begeisterten Applaus von ihrer Seite.

Entschieden verwahrt sie sich gegen die Diffamierung des Betreuungsgeldes als Herdprämie und fast schon verwegene bekennt sie sich zum umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21. Das ist auch eine Antwort auf die konservativen Kritiker in der Union, die ihr gerade wieder mangelnde Standfestigkeit vorgeworfen haben. Und es ist eine Kampfansage an das andere Lager: Die Volksbefragung über die Zukunft Baden-Württembergs finde am Tag der Landtagswahl statt, ruft sie, angesichts der Umfragewerte eine mutige Botschaft.

Klar ist aber vor allem eine andere Botschaft: Angela Merkel lässt die Zügel in der Koalition nicht mehr schleifen. Jetzt will sie wieder die sein, die einst angekündigt hat, mit einer schwarz-gelben Koalition werde durchgegriffen.

Wie weit das führt, bleibt freilich abzuwarten. Denn während sie mit flammenden Worten ihr Energiekonzept samt längerer Laufzeiten für Atomkraftwerke preist, sitzt auf dem Podium hinter ihr Norbert Lammert. Dem Bundestagspräsidenten hat es gefallen, noch kurz vor der Sitzung seine abweichende Meinung in einem Interview kundzutun: „Ich halte die gefundene Lösung nicht für einen Geniestreich“, wird der CDU-Politiker zitiert.

Das ist genau die Methode, die Autorität der Regierung aus den eigenen Reihen zu unterminieren, die Merkel schwer ertragen kann und die sie nicht mehr akzeptieren will. Aber jetzt bleibt ihr nicht mehr, als ihren Blick fest auf die Unionsfraktion zu richten und das christlich-liberale Credo zu beschwören: „Wir trauen den Bürgern etwas zu.“ Rhythmischer Klatschen für 40 kämpferische Minuten ist der Dank. Der Zwischenruf aus der SPD – „Nein, Sie muten den Bürgern etwas zu“ – geht darin unter.

Raffinesse und Ruchlosigkeit

In der Haushaltsdebatte attackieren sich Opposition und Regierung

heftig – selbst Merkel erntet Respekt für ihr „beachtliches Kämpfertum“

Von Nico Fried

Berlin – Dieser Tag im Parlament beginnt so, wie er enden wird: voll Zärtlichkeit. Rainer Brüderle ist um kurz vor neun Uhr eingetroffen, der Wirtschaftsminister. In seiner FDP genießt er zur Zeit hohes Ansehen, weil die Liberalen finden, dass er ihnen in der Atompolitik ein Erfolgserlebnis beschert hat. Brüderle geht durch die Reihen seiner Fraktion und begrüßt die Kollegen mit Handschlag, die Kolleginnen hingegen mit Küsschen auf beide Wangen. Es folgen drei Stunden Debatte, in denen es erst ordentlich knallt und am Ende wieder ganz zärtlich zugeht. Und der Clou daran: An beidem ist die Kanzlerin beteiligt.

Haushaltsdebatte im Bundestag, das erste Wiedersehen der großen Politik nach der Sommerpause. Es geht um den Etat der Kanzlerin, das bedeutet Generalabrechnung der Opposition mit der Regierung. Sigmar Gabriel, der SPD-Chef, eröffnet und langt ordentlich hin, wie man es gewohnt ist. Schon beim ersten Crescendo wirft er der Kanzlerin den „Wahnsinn Ihrer Regierung“ vor. Interessanterweise läuft es diesmal aber auch andersrum. Angela Merkel wird später antworten und der SPD mit fast der selben Verve „historisches Versagen“ vorwerfen. Ja, die Kanzlerin geht dermaßen in die Vollen, dass selbst Gregor Gysi, der in der Sache natürlich alles falsch findet, was Merkel sagt, ihr danach „beachtliches Kämpfertum“ attestiert.

Wie es sein könne, dass eine Regierung so heruntergekommen sei. Das steht als rhetorische Frage am Anfang von Gabriels Rede. Und seine Antwort lautet, dass es der Koalition an jeglicher Vorstellung von Gemeinwohl fehle. Stattdessen Klientelpolitik, Mehrwertsteuersenkungen für Hotels, Kürzungen bei Familien. Nur die Banken müssten keinen Cent für die Krise zahlen, die sie verursacht hätten. Brüderle lernt übrigens, dass er in der SPD nicht ganz so beliebt ist: Der Minister sei „der größte Abstauber in der Politik“, ruft Gabriel, weil er jetzt vom Aufschwung profitiere, obwohl die FDP zu Zeiten der großen Koalition gegen Maßnahmen gestimmt habe, „die uns durch die Krise gebracht haben“.

Dann senkt Gabriel die Stimme und

kommt zu einer Passage, in der erkennbar wird, wie schmal der Grat zwischen Raffinesse und Ruchlosigkeit ist, auf dem der SPD-Chef bisweilen balanciert. Gabriel spricht über die Thilo-Sarrazin-Debatte, wenn auch ohne den Noch-Bundesbank-Vorstand zu nennen, was verständlich ist, weil es eine für die SPD unangenehme Diskussion ist. Stattdessen spricht Gabriel quasi allgemein über Leute, die den Satz: „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ als Deckmäntelchen für Ressentiments benutzen. Und das wiederum führt Gabriel nicht nur zu Guido Westerwelles Wort von einer drohenden spätrömischen Dekadenz („Er war der erste!“, ruft der SPD-Chef in Richtung Vizekanzler), sondern auch zur Mobilmachungs-Debatte über Erika Steinbach. Am Ende des Diskurses sitzt der Außenminister also in einem Topf mit Sarrazin und der Vertriebenen-Präsidentin, die er zu Beginn seiner Amtszeit so bekämpft hat, und man sieht an Westerwelles Gesicht, dass er Gabriel diesen Bogen nicht so schnell vergessen wird.

Es ist natürlich nicht so, dass der Bundestag beim Thema Integration irgendwo hinkäme. Nicht bei Gabriels Rede, auch nicht bei Merkel, nicht bei Gysi von der Linken und auch nicht beim Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin. Die jeweils anderen haben das Sinnvolle über all die Jahre verhindert, so lautet der Tenor aller Reden, womit zugleich das generelle politische Versagen der vergangenen Jahre auch an diesem Tag noch einmal trefflich zusammengefasst wird.

Beim Thema Wirtschaftskrise ist das ein bisschen anders. Da zählt die Kanzlerin am Anfang ihrer Rede auch allerlei Beschlüsse der großen Koalition auf und appelliert an die SPD, doch auch zu klatschen: „Damals waren Sie ja noch vernünftig“, sagt Merkel. Solche Spitzen setzt sie sonst dosiert. Heute aber will auch sie offensichtlich den Krawall. Wer bei den Mitteln für die Arbeitsförderung von sozialem Kahlschlag rede, „der lügt“, sagt Merkel. Bei der Rente mit 67 verschließe die SPD die Augen vor der Wirklichkeit. Und die Währungskrise im Frühjahr habe die SPD nicht nur mit verursacht, weil sie 2004 unter Gerhard Schröder den Euro-Stabilitätspakt auf-

geweicht habe. Die Sozialdemokraten hätten mit ihrer Enthaltung in der Abstimmung zum Rettungspaket auch die Lösung erschwert, so Merkel. Hier fällt der Satz vom historischen Versagen. Und wenn es das Ziel der Kanzlerin war, die Sozis mal so richtig auf die Palme zu bringen, dann ist ihr das jetzt gelungen.

Ihre eigene Politik streift Merkel eher am Rande. Haushaltssanierung und Sozialsysteme, die üblichen Überschriften. Ihr Energiekonzept und die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erwähnt sie mehr, als wirklich darauf einzugehen. Stattdessen putzt sie lieber die Grünen runter: Man könne nicht immer für die Schiene sein, „wenn es dann aber mal um einen neuen Bahnhof geht, dann sind Sie dagegen“. Stuttgart 21, das soll jetzt die große Auseinandersetzung werden.

Gysi und Trittin nehmen vor allem den Atomkompromiss und die Sozialpolitik aufs Korn. Die Schiefelage der schwarz-gelben Politik entstehe, weil Merkel nur mit Lobbyisten spreche, nicht aber mit Arbeitslosen oder anderen Hilfsbedürftigen, so der Linken-Fraktionschef. Für die Bank Hypo Real Estate „schiebt man mal eben weitere 40 Milliarden rüber“, schimpft Gysi, aber im Sparpaket werde vor allem bei den Sozialausgaben gekürzt. Trittin findet, Merkel habe sich als Kanzlerin der Stromkonzerne offenbart: „Die Richtlinien der Politik werden von Jürgen Großmann geschrieben“, sagt der Grüne über die Kanzlerin und den Chef des Energieversorgers RWE. Die Bundesregierung habe mit den Konzernen „die Sicherheit gegen Geld verdeckelt“, so Trittin. „Von planlos zu schamlos“, das könne nicht das Motto einer Bundesregierung sein.

Merkel hört da nicht mehr wirklich zu. Sie hat bereits Huldigungen ihrer Minister entgegengenommen. Jetzt geht sie durch ihre Fraktion und begegnet dem Abgeordneten und Wirtschaftsfreund Michael Fuchs, der nicht nur sie in den Wochen der Verhandlungen über das Energiekonzept ziemlich genervt hat. Fuchs gibt ihr die Hand, gratuliert und streicht ihr dann gönnerhaft sanft den Arm auf und ab. So zärtlich geht es am Ende zu. Und die Kanzlerin mittendrin.

AUS BERLIN STEFAN REINECKE

Wäre SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier nicht in der Rekonvaleszenz, hätte diese Debatte vermutlich einen anderen Verlauf genommen. Der Ton wäre moderater, maßvoller gewesen. So aber trat Sigmar Gabriel als Erster ans Rednerpult, der es versteht, auf Parteitag und Marktplätzen rhetorisch zu glänzen. Er rechnete polemisch mit Schwarz-Gelb ab. „Noch nie hat sich eine Bundesregierung so zum Handlanger von Großkonzernen degradiert“, rief er, einen Satz, den man eher von Oskar Lafontaine erwartet hätte.

Angela Merkel, die Vorsichtige, verteidigte sich hart und für ihre Verhältnisse aggressiv. „Deutschland ist auf Wachstumskurs“, sagte sie, „die Arbeitslosigkeit gesunken.“ Die SPD mache unter Gabriel bei der Rente mit 67 „eine Rolle rückwärts“.

Die Konfrontation von Gabriel und Merkel war deutlich. Und sie machte nebenbei noch mal klar, wer de facto Oppositionsführer ist: Gabriel, nicht Steinmeier.

Gabriel griff die Bundesregierung frontal wegen ihrer Sozialpolitik an. „Mehr Netto vom Brutto“ gebe es nur für Hoteliers und reiche Erben. Mit dem Steuergeschenk an die Hotelbranche

SCHLAGABTAUSCH Gabriel tritt als wahrer Oppositionsführer auf, Merkel attackiert die Grünen und verteidigt Stuttgart 21

könne man 280.000 Kitaplätze finanzieren. Erst habe Schwarz-Gelb sich nur mit sich selbst befasst, jetzt, da man offenbar doch regieren wolle, „bedienen Sie im Wesentlichen Klientelinteressen“. Die Regierung vertiefe den Graben zwischen Arm und Reich, kritisierte der SPD-Chef. Und räumte, abweichend vom Redemanuskript, ein, dass die Spaltung unter Rot-Grün begonnen habe, als der Niedriglohnsektor ausgeweitet wurde.

Auf diese laute, sozialpopulistisch zugespitzte Attacke ließ Gabriel eine selbstreflexive Passage folgen. Die zunehmende Kluft zwischen Bevölkerung und Politikern sei gefährlich. So wachse die Verführung zum Resentiment, der die politische und mediale Elite keinesfalls nachgeben dürfe. „Wir dürfen nicht, was der Boulevard tut“, appellierte er, ohne den Namen Thilo Sarrazin direkt zu nennen. Ein bisschen schien Gabriel, dem Boulevard kein unvertrautes Terrain ist, sich auch selbst zu ermahnen.

Seinen zweiten Anklagepunkt trug er wieder in voller Lautstärke vor. Die Regierung schustere vier Konzernen hundert Milliarden Euro zu. Die Verlängerung der AKW-Laufzeiten sei skandalös, ebenso, dass Absprachen mit

den Konzernen am Parlament vorbei gemacht wurden. „Benehmen Sie sich wie eine Kanzlerin und nicht wie eine Geheimrätin!“, rief er Merkel zu.

Ganz ähnlich argumentierten Gregor Gysi und Jürgen Trittin, die Fraktionschefs der Linkspartei bzw. der Grünen. Die Regierung betreibe unverhüllte Lobbypolitik, beschenke das Energie-Oligopol mit Extraprofiten und spare bei denen, die sowieso nichts haben. Dass Gysi trotz einer solider Rede größtenteils wie Gabriel klang, verdeutlicht das akute Problem der Linkspartei: Sie ist nicht mehr der heimliche Wortführer der Opposition, sondern steht im Schatten der SPD.

Angela Merkel antwortete in einem mitunter ähnlich harten Ton: „Wer von sozialem Kahl Schlag redet, lügt“, sagte sie. Die Zeiten, als die SPD noch „vernünftig“ war, seien vorbei. Der Opposition warf sie vor, keine „Lösungsvorschläge“ zu haben, sondern nur „rückwärtsgewandte Politik“ zu betreiben, und sie inszenierte sich als Nachlassverwalterin von Franz Müntefering, von dessen Rente mit 67 sich die SPD gerade verabschiedet. Die AKW-Laufzeitverlängerung sei notwendig zur Förderung regenerativer Energien. Der Sparkurs

sei richtig, die Schuldenbremse nötig, Deutschland „Wachstumslokomotive“ in Europa. Merkel lobte das Konjunkturprogramm, verschwieg aber, dass es dieses ohne SPD in der großen Koalition kaum gegeben hätte.

Einen bemerkenswerten Breitseite feuerte Merkel gegen die vermeintlich technikfeindliche politische Linke ab. SPD und Grüne würden von Wasserkraftwerken über Windparks bis zu Stuttgart 21 allen Fortschritt torpedieren. „Die Grünen sind immer für die Stärkung der Schiene. Und wenn’s mal um einen neuen Bahnhof geht, sind sie natürlich dagegen.“ Dieser Angriff auf die Grünen fiel für Merkel ungewöhnlich scharf aus. Man brauche in Stuttgart, so die Kanzlerin, keine Bürgerbefragung zu Stuttgart 21, dafür gebe es „die Landtagswahl 2011“.

Dass Merkel so angriffslustig über Stuttgart 21 redete, überraschte. Die CDU regiert in Baden-Württemberg seit 1953. Im März wird dort gewählt, derzeit liegt die CDU in Umfragen 12 Prozent hinter SPD und Grünen, auch wegen Stuttgart 21. Wenn die CDU Stuttgart verliert, hat Merkel ein richtiges Problem. Dass sie die Landtagswahl dort zum Plebiszit über Stuttgart 21 erklärt, wirkt wie eine Flucht nach vorn. Und wie eine Absage an Schwarz-Grün.

Merkel kämpft für neuen Bahnhof in Stuttgart

Süddeutsche Zeitung, 16.09.2010, S. 1

Kanzlerin erklärt Landtagswahl in Baden-Württemberg zur Volksabstimmung über umstrittenes Milliarden-Projekt

Von Stefan Braun

Berlin – Kanzlerin Angela Merkel hat im Streit über das Großprojekt Stuttgart 21 Position bezogen. In der Haushaltsdebatte des Bundestags betonte Merkel, sie stelle sich voll hinter den Umbau des Bahnhofs. Weiter sagte die CDU-Chefin, eine Volksabstimmung über das umstrittene Bauvorhaben sei nicht nötig. Die Landtagswahl Ende März 2011 werde „die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein“.

Merkels Unterstützung für das Stuttgarter Milliardenprojekt kommt überraschend. In der Vergangenheit hatte die Kanzlerin selten so eng auf ein Vorhaben gesetzt, dessen politische Risiken derzeit niemand einschätzen kann. Seit Wochen demonstrieren regelmäßig Tausende gegen die Umbaupläne im Stadtzentrum. Die schwarz-gelbe Landesregierung in Stuttgart hat als Reaktion auf den Konflikt laut Umfragen derzeit keine Mehrheit mehr. Zuletzt ermittelten Meinungsforscher für SPD und Grüne insgesamt

48 Prozent – CDU und FDP kommen zusammen nur auf 40 Prozent. Bemerkenswert ist dabei, dass die Grünen derzeit mit 27 Prozent deutlich vor der SPD liegen, die 21 Prozent erhalten würde.

Trotz dieser Ausgangslage gab die Kanzlerin der baden-württembergischen Landesregierung ungewöhnlich eindeutig volle politische Rückendeckung. Zugleich griff sie die Grünen und die SPD scharf an. Beiden Parteien warf sie vor, sie hätten sich bislang stets für Schienenprojekte eingesetzt. Jetzt aber, wo es Proteste gebe, wichen sie zurück. „Diese Art von Standhaftigkeit ist es genau nicht, die Deutschland voranbringt.“ Merkel verbindet wie der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus mit diesem Konflikt offenbar auch die Frage, ob in Deutschland derlei Großprojekte überhaupt noch umgesetzt werden können, sollten diese noch in Frage gestellt werden, obwohl bereits alle demokratischen und juristischen Instanzen durchlaufen sind.

Die Grünen begrüßten Merkels klares Eintreten für das Projekt, weil sie darin eine große Chance sehen, bei den Land-

tagswahlen am 27. März 2011 zu gewinnen. Die Fraktionschefin im Bundestag, Renate Künast, sagte der *Leipziger Volkszeitung*, diese Wahl könne sich bis hin zur „Existenz der Bundesregierung“ auswirken. Künast behauptete, den Grünen gelänge es immer stärker, ökonomische mit ökologischen Fragen zu verbinden. Das strahle aus auf konservativ denkende Menschen.

Der SPD-Landesgeneralsekretär und Bundestagsabgeordnete Peter Friedrich nannte Merkels Äußerungen „abgehoben und bürgerfern“. Die Kanzlerin wolle mit ihrer Kritik von der eigenen Unfähigkeit ablenken, zugespitzte Konflikte zu lösen. Bislang hatte die Landes-SPD das Projekt jahrelang voll unterstützt. Erst seit die Proteste immer lauter werden, plädiert sie für eine Volksabstimmung.

In der Haushaltsdebatte hob die Kanzlerin hervor, dass Deutschland zwei Jahre nach Beginn der Finanzkrise wieder gut dastehe, das sei auch ein Verdienst der schwarz-gelben Regierung. Politiker der Opposition dagegen warfen ihr Lobby-Politik vor.

Kraft kämpft für ihre Wende

REGIERUNGSERKLÄRUNG Die neue SPD-Ministerpräsidentin verspricht die sozial-ökologische Wende in NRW – bleibt aber auf die Linke oder Abweichler von CDU und FDP angewiesen

VON ANDREAS WYPUTTA

Trotz fehlender eigener Mehrheit hat Nordrhein-Westfalens SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in ihrer ersten Regierungserklärung einen grundlegenden Politikwechsel angekündigt: Ihr rot-grünes Minderheitskabinett werde das Land sozialer und ökologischer regieren als die im Mai abgewählte Koalition von CDU und FDP, versprach Kraft im Düsseldorfer Landtag.

Massiv investieren will sie vor allem in die Bildung: Das letzte Kindergartenjahr wird künftig kostenlos sein, die Studiengebühren werden abgeschafft. Außerdem sollen Initiativen zur Einführung eines bundesweiten Mindestlohns gestartet und der Missbrauch der Zeitarbeit bekämpft werden. Auch will Rot-Grün ein neues „Umweltwirtschaftsprogramm“ auflegen, bekennt sich aber ausdrücklich

zum Industriestandort NRW: „Ressourceneffizienz, moderne Verkehrstechnologien und erneuerbare Energien werden unser Land prägen wie Chemie, Kohle und Stahl“, glaubt Kraft.

Dabei warb die Regierungschefin um die Unterstützung der Landtagsopposition aus CDU, FDP und Linken. Rot-Grün fehlt im 181 Sitze zählenden Landtag eine Stimme zur absoluten Mehrheit. Wochenlang hatte Kraft deshalb mit den Oppositionsparteien Sondierungsgespräche für eine mögliche Regierungsbildung geführt – und wollte nach deren Scheitern sogar ihren CDU-Vorgänger Jürgen Rüttgers im Amt belassen.

Erst als die Grünen ebenfalls mit dem Gang in die Opposition drohten, rang sich die SPD-Landesvorsitzende zur Bildung ihrer

Minderheitsregierung durch. Doch die kann Gesetze nur beschließen, wenn mindestens ein Abgeordneter von CDU, FDP oder Linken mitstimmt – oder sich mindestens zwei Abgeordnete der Opposition enthalten. Eine Chance für den Parlamentarismus insgesamt sei die Notwendigkeit wechselnder Mehrheiten, wirbt die Ministerpräsidentin jetzt: „Die Bürger wollen weder Fundamentalopposition noch mutloses Regieren.“

Doch CDU und FDP haben wenig Interesse, den politischen Gegner zu unterstützen: Während der über 90-minütigen Regierungserklärung applaudierten sie kein einziges Mal. Stattdessen verließ rund die Hälfte der CDU-Abgeordneten den Saal bereits vor Ende der Rede Krafts. „Eine einzige Enttäuschung“ sei

der Auftritt gewesen, monierte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann sorgt sich um den Industriestandort NRW – und forderte den Weiterbau des von Umweltschützern nur „Klimakiller“ genannten Kohlekraftwerks Datteln.

„Schlechten Stil“ warfen Rot-Grün dagegen die Linken vor. Um einer Resolution für die Fortsetzung des Steinkohlebergbaus bis 2018 die Unterstützung der CDU zu sichern, verzichteten SPD und Grüne lieber auf die Unterschrift der Linksfraktion. „Durch die CDU erpressbar“ sei Rot-Grün, klagte Linken-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann deshalb gegenüber der taz – und wirbt für eine bessere Zusammenarbeit.

die tageszeitung , 16.09.2010, S. 17

„Die Privilegierten gefährden diese Gesellschaft“

SPD Peer Steinbrück gibt in seinem heute erscheinenden Buch „Unterm Strich“ vehement den Politiktheoretiker. Ein Gespräch mit dem Exfinanzminister über die Arroganz der Oberschicht, das Scheitern der Regulierung nach der Finanzkrise und eigene Versäumnisse

INTERVIEW HANNES KOCH

taz: Herr Steinbrück, Ihr Buch „Unterm Strich“ ist eine 500-Seiten-Analyse über die Politik, die Deutschland eigentlich bräuchte. Streben Sie noch einmal ein öffentliches Amt an?

Peer Steinbrück: Nein. Trotz aller Spekulationen, die es gibt.

„Der Spiegel“ hat Sie als möglichen Kanzlerkandidaten der SPD für 2013 ins Gespräch gebracht. Ist das kompletter Unfug?

Der Artikel folgt der Tendenz Ihrer Branche, dass Politik ständig einer personellen Zuspitzung und Spekulation unterliegt.

Sie entwerfen in Ihrem Buch, welche Eigenschaften Politiker heute bräuchten, um die Menschen anzusprechen. Sie sollten atypisch sein, kantig, überparteilich und distanziert, am besten auch gegenüber ihrer eigenen Person. Trifft diese Beschreibung auf Sie selbst zu?

Sie locken meine Eitelkeit. Aber es wäre verwunderlich, wenn ich

mich nicht selbst so dargestellt wissen wollte. Ich habe mich lange gefragt, warum Persönlichkeiten wie Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt und Joachim Gauck so große Anerkennung erfahren. Die Menschen entwickeln nur noch wenig Sympathie für Politiker, die parteipolitisch als sehr selbstbezogen wahrgenommen werden und darüber ihre Realitätswahrnehmung einschränken. Die politische Klasse wird teilweise als dumpfbackig wahrgenommen.

Sie teilen diese Wahrnehmung, wie man Ihren Beschreibungen des Innenlebens der SPD entnehmen kann.

Ich habe dort manchmal gelitten. Aber die auch an mir. Vieles ist sehr ritualisiert.

Was würden Sie zur Wiederbelebung Ihrer Partei als Erstes unternehmen, wenn Sie noch einmal die Position dazu hätten?

Der Ernstfall der Politik ist die Begegnung mit den Wählern. Politiker sollten ihre wesentliche Legi-

timierung nicht in Parteigremien, sondern bei den Bürgern erwerben.

Sie machen den hübschen Vorschlag, dass SPD-Abgeordnete ihr Mandat verlieren sollten, wenn sie im eigenen Wahlkreis mehrmals weniger Zuspruch erhalten, als die Partei insgesamt.

Ja, ich habe Abgeordnete erlebt, deren Erststimmenergebnis regelmäßig viel schlechter ausfiel als das Zweitstimmenergebnis der Partei. Das hinderte sie aber nicht, im selbstreferentiellen System der SPD die lauteste Stimme zu führen. Mir würde dieser Widerspruch zu denken geben.

Kennen Ihre Kollegen diese Idee schon?

Nein. Sie wird für einen Aufschrei sorgen. Ein anderes Beispiel: die Jusos. Deren jetziger Vorsitzender plädiert dafür, die Rente mit 67 abzuschaffen. Damit vertritt er die Interessenlage der 60-Jährigen. Das ist grotesk! Ich dachte, das sei eine Jugendor-

ganisation, die für Zukunftsinteressen einsteht. Für wen machen die Jungsozialisten denn Politik? **Bis Herbst 2009 waren Sie Vizevorsitzender der SPD. Warum haben Sie eine entsprechende Parteireform damals nicht eingefordert?**

Ich habe nicht hinter dem Berg gehalten. Aber solche Vorstellungen treffen nicht auf die ungeteilte Zustimmung aller Beteiligten.

Kann man mit diesen Positionen Kanzlerkandidat werden?

Damit wird man in der SPD wohl eher nicht Kandidat.

Jetzt warnen Sie, dass die Demokratie und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet seien. Wodurch gerät der Sozialstaat unter Stress?

Die Einkommen der Beschäftigten driften auseinander. Ein zunehmender Spagat entsteht zwischen Arm und Reich. Heute segmentiert sich die Gesellschaft

außerdem in bildungsferne und bildungsnahe Schichten. Und nicht zu unterschätzen ist die demografische Herausforderung: Die Interessen der Rentner finden heute oft mehr Gehör als die Anliegen der 20- bis 40-Jährigen. **In den elf Jahren Ihrer Regierungsverantwortung hat die SPD die Sozialleistungen gekürzt und die Steuern für die wohlhabenden Bevölkerungsschichten gesenkt. Bestreiten Sie eine Mitverantwortung für die Missstände, die Sie nun beklagen?**

Die Hartz-Reformen und rechtzeitige Steuersenkungen für alle, nicht nur die Oberen, waren notwendig, damit der Sozialstaat nicht unter den Kosten kollabiert und Deutschland auf einen Wachstumspfad zurückkehren konnte, statt im Steuersenkungswettbewerb das Rückgrat gebrochen zu bekommen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise allerdings ist der Beitrag zu niedrig, den die prosperierenden Schichten heute für den Zusammenhalt der Gesellschaft leisten. Parallelgesellschaften existieren nicht nur am unteren Ende, sondern auch an der Spitze der Einkommenspyramide.

Wie würden Sie dieses Paralleluniversum der Reichen beschreiben?

Dort leben diejenigen, die sagen: Wir brauchen den Staat nicht, jeder Euro Steuerzahlung ist zu viel. Öffentliche Dienstleistungen benötigen wir nicht, wir können sie privat kaufen. Deren Wahrnehmung ist abgehoben von den Fliehkräften in der Gesellschaft. Diese ist nicht gefährdet durch Rechts- oder Linksausleger, sondern durch die Protagonisten des Systems selbst. Es sind die Privilegierten, die durch Maßlosigkeit, den mangelnden

Sinn für Balance und Proportionen, durch eine Bereicherungsmentalität an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Ihnen fehlt der Sinn für soziale Bündnisse nach unten, um Verlierer zu integrieren.

Was soll man dagegen tun?

Diese Leute müssen erkennen, dass ihre übersteigerten Gewinnerwartungen zur Zerstörung der Marktwirtschaft führen. Und dass ihre persönliche Einkommensentwicklung so nicht weiterlaufen kann. Ich mahne eine sehr viel stärkere Gemeinwohlorientierung an. Die kann man nicht durch Gesetze verordnen. Das geht nur durch eine breite Debatte. Diejenigen, die sich zivilisiert verhalten, sollten mehr öffentliche Anerkennung erfahren.

Hat die Finanzkrise dazu beigetragen, diese Fehlentwicklungen deutlich zu machen?

Ja, die Krise hat als Beschleuniger gewirkt. Viele Menschen haben den Eindruck, dass sie anonymen Kräften ausgesetzt sind, auf die sie keinen Einfluss haben. Sie fragen sich, ob sie jetzt die Dummen sind, die den Preis zahlen müssen.

Liegen sie damit nicht richtig?

Auf die Steuerzahler kommt in der Tat einiges zu. Deshalb ist es dringend angezeigt, den Finanzsektor mit einer Art Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte an den Kosten der Krise zu beteiligen. Das ist mehr als eine ökonomische, sondern auch eine gesellschaftliche Frage.

Als Finanzminister haben Sie sich selbst erst relativ spät für dieses Vorhaben ausgesprochen. Da war die Krise schon lange im Gange, und die Bundestagswahl 2009 stand vor der Tür. Warum haben Sie diese Idee nicht früher propagiert?

Es war ein gedanklicher Prozess, und es gab gewichtige Gegenargumente. Eines davon: Es macht keinen Sinn, eine solche Steuernational zu etablieren, weil Finanzgeschäfte dann auswandern. Aber schließlich war ich relativ ehrgeizig, das Projekt auf die internationale Tagesordnung zu setzen.

Im Buch beschreiben Sie, wie die Bürger den Glauben an die Politik verlieren. Wegen der Internationalisierung der Wirtschaft sind den nationalen Regierungen oft die Hände gebunden. Und zusammen mit anderen Staaten fällt es ungeheuer schwer, Lösungen zu verabreden und umzusetzen. Kann die Politik da überhaupt noch gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren?

Wenn sie es nicht immer wieder aufs Neue versucht, verliert sie ihre Gestaltungshoheit.

Und wie würden Sie die Finanzsteuer konkret durchsetzen?

Indem ich schrittweise versuche, voranzukommen. Es gibt ja ein paar Länder um uns herum, die diese Umsatzsteuer mittragen würden – Österreich, Frankreich, Holland und andere. Die Hälfte der Euroländer könnte man wahrscheinlich gewinnen. Damit muss man anfangen.

Ist das jetzt Theorie, oder haben Sie es als Bundesfinanzminister selbst ausprobiert?

Als ich noch im Amt war, habe ich versucht, die internationale Meinungsbildung voranzutreiben. Und ich bin enttäuscht, dass die Regierung aus Union und FDP jetzt nicht das gesamte Gewicht Deutschlands in die Waagschale wirft. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um Legitimation für unser Gesellschaftsmodell zu or-

ganisieren. Die Bürger wollen nicht, dass sie die Gelackmeierten einer Krise sind, die andere zu verantworten haben. Das ist eine Frage des Fairnessgebotes. **Sie ziehen ein düsteres Fazit der Finanzkrise: Die Regulierung der Märkte, die die Regierungen der wichtigsten Industriestaaten ihren Bürgern versprochen haben, sei zumindest teilweise gescheitert.**

Es gibt Fortschritte. Aber einige Ursachen dieser Krise sind nach wie vor nicht beseitigt. Die Ankündigung des ersten Finanzgipfels von Washington 2008, dass jedes Produkt, jeder Teilnehmer und jeder Markt einer Aufsicht unterworfen werden sollte, ist auch nach vier Finanzgipfeln noch nicht umgesetzt.

Peer Steinbrück

■ **Der Autor:** Peer Steinbrück, 63, ist Bundestagsabgeordneter der SPD. Von 2005 bis 2009 war er Bundesfinanzminister und Vizevorsitzender der SPD. Zusammen mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) manövrierte er die große Koalition durch die Finanzkrise. Zuvor amtierte er seit 2002 als Minister-

präsident des Landes Nordrhein-Westfalen. 2005 verlor er bei der Landtagswahl gegen Jürgen Rüttgers (CDU). Der verheiratete Vater dreier Kinder lebt in Bonn.

■ **Das Buch:** Peer Steinbrück, „Unterm Strich“, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, 480 Seiten, 23 Euro

Gutachter Papier rudert zurück

Frankfurter Allgemeine, 16.09.2010, S. 12

Laufzeitverlängerung ohne Bundesrat nicht unmöglich

jj.a. BERLIN, 15. September. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hält eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ohne Zustimmung des Bundesrats für verfassungswidrig. Papier hat jetzt aber sein entsprechendes Gutachten eingeschränkt, das er im Auftrag von Bundesumweltminister Norbert Röttgen verfasst hatte (F.A.Z. vom 9. Juli). Befürworter der Verlängerung hatten darauf hingewiesen, das Bundesverfassungsgericht habe jüngst in einem Entscheid zum Luftsicherheitsaufgabengesetz ein Mitspracherecht der Länderkammer verneint.

Es könne „sicherlich nicht ausgeschlossen werden“, dass das Bundesverfassungsgericht auch in der Atomfrage so urteilen werde, schreibt Papier jetzt in der demnächst erscheinenden Ausgabe der „Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht“. Eine solche Auslegung sei „indes nicht zwingend“, vor allem sei sie „nicht angezeigt“. Seiner Untersuchung zufolge geht es zwar bei beiden Gesetzen um die sogenannte Auftragsverwaltung. Hierbei führen die Länder Gesetze nicht eigenständig aus, sondern im Auftrag des Bundes. Dafür müssen sie aber im Gegenzug bei deren Erlass besonders beteiligt werden. Daher gebe es keinen „Freibrief“

des Bundes, schreibt Papier. Die Länder könnten sich niemals „ins Blaue hinein“ dessen Vollzugskompetenzen unterwerfen, unterstreicht er mit Blick darauf, dass es sich bei der geplanten Verlängerung nach Ansicht der Regierung nur um eine bloße Ergänzung des Ausstiegsgesetzes von 2002 handele. Eine solche „Unterwerfung“ verkehre die Grundstrukturen der föderalen Ordnung in ihr Gegenteil. Eine Zustimmung der Länder sei auch dann erforderlich, wenn das damalige Gesetz durch die Verlängerung keine wesentlich andere Bedeutung und Tragweite erhalte.

Röttgen hat mit Energieversorgern nicht verhandelt

Von Claudia Ehrenstein

BERLIN – Das hat nicht nur der Opposition die Sprache verschlagen: Da trifft die Bundesregierung mit den vier großen Energieversorgern in Deutschland eine Vereinbarung über längere Laufzeiten für Kernkraftwerke. Und das federführende Ressort ist an den Verhandlungen nicht beteiligt. „Ich habe an dem Vertrag nicht mitgewirkt, und es hat auch kein Vertreter des Umweltministeriums teilgenommen“, sagte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) gestern nach Berichten von Teilnehmern in einer Sondersitzung des Bundestagsumweltausschusses.

SPD-Umweltpolitiker Matthias Miersch sprach von einem „unglaublichen Skandal“. Offensichtlich sei wochenlang im Geheimen verhandelt worden. Vor einem Monat war nach außen gedrungen, dass die Energieversorger sogar damit gedroht hatten, alle 17 deutschen Kernkraftwerke umgehend abzuschalten, sollte die Bundesregierung sie mit zusätzlichen Sicherheitsauflagen und Abgaben belas-

ten. Am 5. September, einem Sonntag, hatte die schwarz-gelbe Koalition im Kanzleramt die Details der Laufzeitverlängerung festgelegt.

Noch in der Nacht zum Montag wurde die von der Opposition als „Geheimvertrag“ bezeichnete Vereinbarung abgeschlossen und mit Stand 4.30 Uhr unterzeichnet. Auf einer Pressekonferenz nur wenige Stunden später hatte Röttgen von der Vertragsunterzeichnung offensichtlich noch nichts gewusst, ebenso wie Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Vor dem Umweltausschuss erklärte Röttgen nun, er könne bis auf einen Vertreter des Bundesfinanzministeriums auch keinen weiteren Unterzeichner benennen. Tagelang war der Wortlaut der Vereinbarung unter Verschluss gehalten worden.

In dem Vertrag verpflichten sich die Energieversorger im Gegenzug für die geplante Laufzeitverlängerung von durchschnittlich zwölf Jahren, einen „Förderbeitrag“ an einen Fonds zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu entrichten. Die Bundesregierung verspricht sich

DIE WELT, 16.09.2010, S. 2

davon Einnahmen in Höhe von 15 Milliarden Euro. Übersteigt aber die geplante Brennelementesteuer die Summe von 2,3 Milliarden Euro pro Jahr, reduziert sich der Förderbeitrag um die entsprechende Summe. Auch wenn die Kosten für die Nachrüstung eines Meilers den Betrag von 500 Millionen Euro überschreiten, werden die darüber hinausgehenden Ausgaben mit dem Förderbeitrag verrechnet.

Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn forderte von Röttgen eine vollständige Aufklärung der Vorgänge um das „Geheimpapier“. Unklar sei nach wie vor auch, ob eine Laufzeitverlängerung von zwölf Jahren ohne Zustimmung des Bundesrats beschlossen werden kann. Röttgen erklärte vor dem Umweltausschuss, dass sich die Einschätzung, eine solche Vereinbarung sei nicht zustimmungspflichtig, auf mündliche Stellungnahmen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) stütze.

Süddeutsche Zeitung, 16.09.2010, S. 5

Atom-Beschluss im Eiltempo

Die Koalition will noch dieses Jahr Reaktor-Gesetze ändern

Berlin/Brüssel – Bei der umstrittenen Verlängerung der Atomlaufzeiten will die Bundesregierung keine Zeit mehr verlieren. Vorläufigen Planungen zufolge soll die Novelle des Atomgesetzes schon Ende Oktober den Bundestag passiert haben, Ende November soll sich der Bundestag mit dem Gesetzeswerk befassen. Die Länderkammer hat aber nach Willen der Koalition keine Chance mehr, das Gesetz zu verhindern. Schon zum 1. Januar würden die längeren Laufzeiten damit Gesetz – und womöglich nicht nur sie.

Denn parallel sollen nun auch die Koalitionsfraktionen das Energiekonzept abmündungsreif machen. Das Grobkonzept, eine 40-seitige Ideensammlung, ist bisher nur zwischen den Ministerien für Umwelt und Wirtschaft abgestimmt. Es

soll darlegen, wie der Bund die Sanierung älterer Gebäude vorantreiben will, wie sich der Ausbau der Windenergie zur See fördern lässt oder wo neue Stromleitungen nötig werden. Ziel sei es, binnen zweier Wochen Grundzüge des Konzepts fest zu vereinbaren, hieß es in Koalitionskreisen. Diese Grundzüge könnten dann am 28. September zusammen mit der Laufzeit-Novelle das Kabinett passieren; ebenso wie ein Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid. Allerdings gibt es fast überall noch Diskussionsbedarf. „Der Zeitplan ist ambitioniert“, hieß es.

Derweil wächst die Kritik am Prozedere – auch in der Union. Die Lösung, die Länder bei dem Gesetz außen vor zu lassen, sei „kein Geniestreich“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Dies berge ein „beachtliches verfassungsrechtliches Risiko“. Die SPD

sagte, Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) habe die Kontrolle über das Verfahren verloren. Dieser hatte zuvor eingeräumt, nicht an Verhandlungen über einen Vertrag mit den Betreibern beteiligt gewesen zu sein. Vorbehalte gibt es auch in der EU-Kommission. Rechtlich sei an dem Vertrag zwar nichts zu beanstanden, sagte ein Beamter der *Süddeutschen Zeitung*. Brisant sei aber, dass keiner die Folgekosten abschätzen könne, die sich aus der Modernisierung der AKWs ergeben. „Das ist ein unkalkulierbares Risiko für den Steuerzahler“, sagte er. Es sei überraschend, dass die Bundesregierung einen Vertrag unterzeichne, der die Modernisierungskosten für die Betreiber pro Kraftwerk auf 500 Millionen Euro begrenze und zulasse, dass weitergehende Kosten mit dem Öko-Fonds der Betreiber verrechnet werden. *miba, gam*

Wulff sieht sich weiterhin nur als „Mediator“

Bundesbank dankt dem Bundespräsidialamt

Nahles: Das stinkt zum Himmel

ban./ruh./Mü. BERLIN, 15. September. Während sich die Spitzen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien am Mittwoch einer Bewertung der Rolle von Bundespräsident Wulff beim Ausscheiden Thilo Sarrazins aus dem Vorstand der Deutschen Bundesbank enthalten haben, mehrten sich die Forderungen aus der Opposition nach Aufklärung. Auch unter Staatsrechtslehrern wird die Rolle des Bundespräsidenten als Mediator kritisch gesehen. Problematisch sei jedoch weniger die Mediation als vielmehr die Lage, in die sich der Präsident zuvor gebracht habe.

Ein Bericht dieser Zeitung, wonach das Präsidialamt eine wesentlich aktivere Rolle beim Ausscheiden Sarrazins als bisher angenommen gespielt hat, wurde in einer Erklärung seines Staatssekretärs Hageböling nicht bestritten. „Das Bundespräsidialamt hat eine Rolle als Mediator wahrgenommen. Dazu gehörte, dass beide Seiten angehört wurden und Zeit und Gelegenheit hatten, Lösungsansätze zu beraten. Die zwischen der Bundesbank und Herrn Dr. Sarrazin erzielte Einigung spiegelt den Willen beider Verhandlungspartner wider. Diese haben miteinander Vertraulichkeit vereinbart.“ Regierungssprecher Seibert versicherte, die Regierung sei mit der Sache nicht befasst gewesen. Sie liege in der Verantwortung des Präsidenten-

ten. Einflussnahme von Regierungsmitgliedern habe es nicht gegeben.

Ein Sprecher der Bundesbank sagte: „Die Deutsche Bundesbank hat mit Thilo Sarrazin eine einvernehmliche Lösung gefunden, und der Vorstand hat diese einstimmig gebilligt. Die Deutsche Bundesbank dankt dem Bundespräsidialamt für seine Vermittlung im Vorfeld dieser Regelung.“ Sarrazin hatte in der „Bild“-Zeitung gesagt: „Wäre ich stur geblieben, hätte das den Bundespräsidenten – weil er sich so weit vorgewagt hat – und das Staatsamt beschädigt.“ SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sagte: „Wenn nun auch noch die Presseberichte über die Einflussnahme durch das Bundespräsidialamt bei dem Deal zwischen Herrn Sarrazin und der Bundesbank stimmen sollten, stinkt das zum Himmel. Dann würde der von der Koalition getragene Bundespräsident die unabhängige Bundesbank vorgeführt haben.“ Schon im Atomstreit sei das Parlament brüskiert worden.

„Demokratische und unabhängige Institutionen genießen offenbar keinen Respekt mehr“, sagte Frau Nahles.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, sagte: „Es wäre verheerend, wenn das Bundespräsidialamt die Öffentlichkeit darüber getäuscht hätte, wie stark es Ein-

fluss auf die Bundesbank bei der Entlassung Sarrazins genommen hat.“ Oppermann forderte: „Der Bundespräsident muss diese Vorwürfe schnellstmöglich aus der Welt schaffen.“

Der SPD-Abgeordnete Joachim Poß, der bei den Sozialdemokraten derzeit Frank-Walter Steinmeier im Amt des Fraktionsvorsitzenden vertritt, sagte: „Wenn die Darstellung stimmt und der Bundespräsident der Bundesbank die Bedingungen diktiert hat, wäre das ein weiterer Schlag gegen die Unabhängigkeit der Bundesbank, den sie sich selbst zugefügt hat.“ Das Bundespräsidialamt wäre dann weit über seine Befugnisse hinausgegangen und hätte gegen das Verständnis des Amtes verstoßen. Dann hätten sowohl die Bundesbank als auch das Amt des Bundespräsidenten durch die Angelegenheit einen Schaden erlitten, sagte Poß.

Der finanzpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Leo Dautzenberg, vermerkte zu der Frage, inwiefern der Bundespräsident beteiligt war, lakonisch: „So weit zur Unabhängigkeit der Bundesbank. Wir werden im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Finanzaufsicht hierauf zurückkommen.“

Süddeutsche Zeitung, 16.09.2010, S. 4

Der Bundesmediator

Mediation ist etwas Wunderbares. Sie ist die Alternative zu langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen; bei Scheidungen und Erbauseinandersetzungen kann Mediation für inneren Frieden sorgen. Es ist daher verlockend, die Methoden der Mediation auch zur Lösung schwerer politischer Konflikte anzuwenden. Wenn sich der Bundespräsident also als eine Art Bundesmediator begreift und in aller Stille mit streitenden Parteien an einer Konfliktlösung arbeitet, ist das grundsätzlich sehr verdienstvoll. Im Fall Sarrazin freilich hat Christian Wulff gegen alle Regeln der Mediation

verstoßen. Er war nämlich Mediator in eigener Sache. Er hatte sich selbst in den Streit verwickelt.

Das Bundespräsidialamt erklärt, es habe „die Rolle der Mediation“ übernommen im Streit um die Scheidung des Thilo Sarrazin von der Bundesbank. Aber: Der Bundespräsident hatte zuvor diese Scheidung selber angeregt – obwohl er auch derjenige gewesen wäre, der diese Scheidung hätte aussprechen müssen. Er war also keine neutrale Instanz mehr, er war befangen, er hatte sich in voreiligen Erklärungen verfangen. In dieser Situation hätte er eher selber eines Mediators

bedurft, als selbst als solcher aufzutreten. Es liegt der Verdacht nahe, dass das Präsidialamt mit dem großzügigen Pensionsangebot an Sarrazin vor allem den Bundespräsidenten aus der misslichen Lage befreien wollte, voreingenommen und in freier Rechtsschöpfung über die Entlassung eines unabhängigen Bundesbankers entscheiden zu müssen.

Die goldene Pension als Preis für den freiwilligen Rücktritt Sarrazins wird auf diese Weise zugleich zum Lösegeld für den Präsidenten. Sarrazin lacht sich öffentlich ins Fäustchen. pra

Bekanntnis zur Finanzmarktsteuer

Merkel will möglichst viele Länder überzeugen

mas. BERLIN, 15. September. Die Bundesregierung will sich auf internationaler Ebene weiterhin für eine Finanzmarktsteuer einsetzen. Das machte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Generalaussprache im Bundestag deutlich. „Wir werden weiter für die Besteuerung der Finanzmärkte arbeiten.“ Man werde versuchen, möglichst viele Länder davon zu überzeugen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) führe dazu viele Gespräche: „Wir geben nicht auf, wir bohren an dem dicken Brett.“ Anders als früher vermied die Bundeskanzlerin, sich auf die Finanztransaktionssteuer festzulegen. Auf globaler Ebene ist die Bundesregierung damit bereits gescheitert. Nun hofft sie auf eine europäische Lösung, notfalls will sie ein Vorgehen im Euro-Raum prüfen. Der SPD-

Vorsitzende Sigmar Gabriel bekräftigte zu Beginn der Debatte die Forderung seiner Partei, eine Finanztransaktionsteuer einzuführen.

Schäuble hatte am Vortag auch die Finanzaktivitätsteuer als Option genannt, die anders als die Transaktionsteuer bei Gewinn und Gehältern der Finanzinstitute ansetzen würde. Seit dem Gipfeltreffen der 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen im Juni sei klar: „Global werden wir diese nicht zustande bringen.“ Der Konsens sei nun: „Wenn wir das global nicht hinbekommen, dann werden wir eine europäische Lösung suchen.“ Im Finanz-

ministerrat sei Anfang dieses Monats zum ersten Mal über die Initiative Deutsch-

lands und Frankreichs geredet worden. „Natürlich haben wir in der ersten Debatte keine einstimmige Zustimmung für diesen

Vorschlag bekommen.“ Die Diskussion sei sehr viel offener gewesen, als man nach den öffentlichen Erklärungen hätte vermuten können. „Deswegen werden wir an unserem Vorschlag weiterarbeiten.“ Schäuble gestand jedoch auch Zweifel ein, ob die Steuer durchsetzbar sein wird: „Ich habe nie behauptet, dass wir sicher sind, dass wir unser Ziel erreichen werden. Wir sind nicht allein in Europa.“

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, 16.09.2010, S. 9

Schäuble provoziert kleine EU-Staaten

Minister schlägt Verzicht auf Direktorenposten beim

Internationalen Währungsfonds vor · EU-Taskforce beendet Arbeit

VON PETER EHRLICH, BRÜSSEL

Die Bundesregierung stellt die Vertretung kleinerer europäischer Staaten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) infrage. Um den Schwellenländern mehr Einfluss zu geben, „werden andere Staaten und Regionen ihre Vertretung reduzieren müssen, wenn sich ihre Anteile verringern“, sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) der Financial Times. Dies würde weniger Direktorenposten für die Europäer bedeuten. Von den 24 Exekutivdirektoren kommen neun aus Europa, davon sechs aus der Euro-Zone. Die USA und Japan als größte Anteilseigner stellen je einen Direktor.

In Gefahr wären nach FTD-Informationen vor allem die Sitze der Euro-Länder Niederlande und Belgien, eventuell auch der Dänemarks. Schäuble muss mit Widerstand dieser Staaten rechnen. Das Thema dürfte am Rande des heutigen EU-Gipfels zur Sprache kommen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, hat bisher vergeblich eine einheitliche Haltung Europas verlangt.

Ein Sprecher des niederländischen Finanzministeriums lehnte Änderungen ab: „Wir fühlen uns von der Diskussion nicht betroffen.“ Die Niederlande stünden an der Spitze einer sehr starken Staatengruppe aus Geber- und Empfängerländern des Fonds, der Sitz der Niederlande sei angemessen. Belgiens Finanzminister Didier Reynders hat dagegen schon die Flucht nach vorn angetreten. Er forderte einen gemeinsamen Sitz für die Euro-Zone, der mehr Gewicht hätte als die USA. Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker un-

terstützt die Idee, die Niederlande aber können sich das „nur langfristig“ vorstellen. Für die Mitgliedschaft einer Staatengruppe statt einzelner Länder müssten die IWF-Statuten geändert werden. Das gilt auch für die von Schäuble vorgeschlagene Abschaffung des Vetorechts der USA. Diese können bisher als einziger Staat wichtige Entscheidungen allein blockieren, weil sie mehr Stimmrechte haben als die Sperrminorität von 15 Prozent.

Die EU muss sich bis Ende des Monats auf eine Verhandlungsposition

einigen, wenn sie bei der IWF-Herbsttagung keine Kampfabstimmungen zwischen Industrie- und Schwellenländern riskieren will. Diese würden voraussichtlich zulasten der Europäer gehen. Die USA hatten im Sommer überraschend angekündigt, sie wollten die Zahl der Direktoren auf 20 reduzieren, nachdem sie zugunsten von Ländern wie Indien auf 24 ausgedehnt worden war.

Bei der Diskussion über die Vermeidung künftiger Schuldenkrisen gab es für Deutschland einen Rückschlag. Die Taskforce unter EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy wird bereits im Oktober ihre Arbeit beenden. Bis dahin scheint zwar eine Einigung über härtere Sanktionen im Rahmen des Stabilitätspakts möglich, aber nicht über einen dauerhaften Krisenmechanismus, der auch Vertragsänderungen bedeuten würde. In deutschen Regierungskreisen hieß es, anschließend sei ein „zweiter Prozess“ möglich, bei dem über Themen wie den Entzug von Stimmrechten als Strafe oder geregelter Staatspleiten gesprochen werde.

Guttenberg: Opposition beteiligen

„Vorstellungen zur Bundeswehrreform ähneln sich“

löw. BERLIN, 15. September. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hofft, dass er in seinem Etat weniger Geld einsparen muss als die im Juni vom Kabinett beschlossenen 8,3 Milliarden Euro bis 2014. Im Bundestag verwies er auf Hinweise, die im Verteidigungsausschuss gegeben worden seien. Guttenberg hatte ein anlässlich der Sparvorgabe errechnetes Modell empfohlen, das einen Streitkräfteumfang von 163 500 Soldaten vorsieht, was eine Verkleinerung um gut ein Drittel bedeuten würde. „Er darf nicht tiefer und er kann durchaus höher sein“, sagte Guttenberg in der Etatdebatte. Das sei „Gegenstand auch der parlamentarischen Beratung“. Der gegenwärtige Haushaltsentwurf kann noch in der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im November verändert werden. Guttenberg sprach erstmals im Bundestag über sein Vorhaben. Die Bundeswehr stehe „vor einer der größten Herausforderun-

gen seit ihrer Gründung 1955“.

Die SPD kritisierte die Unklarheit, von welchen Zahlen die Rede sei. Der Abgeordnete Bernhard Brinkmann gab an, im Finanzministerium und im Kanzleramt habe man errechnet, dass die geplante Reform nur 1,5 Milliarden Euro spare. Bundeskanzlerin Merkel habe im Sommer gesagt, an zwei Milliarden solle es nicht scheitern, wenn es um die Sicherheit Deutschlands gehe. „Was ist denn nun?“, fragte der SPD-Politiker. „Es ist nicht erkennbar, wohin die Reise gehen soll.“

Auch der Grünen-Haushaltspolitiker Alexander Bonde rügte die Unklarheit und verwies – wie Guttenberg – auf die Wünsche bei Union und SPD im Verteidigungsausschuss nach einer weniger einschneidenden Verkleinerung der Bundeswehr. „Ich bin gespannt, ob Sie am Schluss überhaupt noch etwas sparen, nach dem Wettbewerb der Volksparteien um mehr Soldaten.“ Der Ab-

geordnete Paul Schäfer (Die Linke) befürwortete die Absicht Guttenbergs, die Wehrpflicht auszusetzen, und forderte, das sofort zu tun. Er unterstellte aber, Guttenberg wolle die Bundeswehr noch stärker auf eine Interventionsarmee hin ausrichten.

Guttenberg sagte in Richtung der Oppositionsparteien SPD und Grüne, er strebe ein parteiübergreifendes Vorgehen an, „zumal wir mit unseren Vorstellungen nicht so weit auseinanderliegen“. Der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold befürwortete das. Allerdings sei es der Minister bisher schuldig geblieben, der Opposition ein Format für die Beteiligung anzubieten. Nur dann wäre sein Angebot glaubwürdig. Die FDP-Verteidigungspolitikerin Elke Hoff sicherte Guttenberg die Unterstützung des Koalitionspartners zu. Den Unionspolitikern, die inzwischen auf den Kurs, die Wehrpflicht auszusetzen, eingeschwenkt sind, bekundete sie Respekt.

die tageszeitung , 16.09.2010, S. 6

Regierung rechnet sich die Hartz-IV-Sätze passend

GRUNDSICHERUNG Schwarz-Gelb ermittelt neue Sätze für Arbeitslose. Wohlfahrtsverband: „Manipulation“

BERLIN taz/dadp | Die Hartz-IV-Sätze werden momentan neu ermittelt – doch möglicherweise haben die Langzeitarbeitslosen nichts davon. Am Ende könnte wieder der alte Satz herauskommen, der für einen Erwachsenen derzeit 359 Euro monatlich beträgt. Wie die *Süddeutsche Zeitung* am Mittwoch berichtete, erwägt die Regierung offenbar, die statistischen Grundlagen für die Hartz-IV-Berechnungen gezielt zu verändern, damit die Sätze nicht steigen.

Die Hartz-IV-Sätze werden auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) berechnet, die das Statistische Bundesamt alle fünf Jahre erhebt. Dazu werden 60.000 Haushalte in Deutschland befragt. Die

jüngsten Daten stammen von 2008, doch weil die Auswertung Jahre dauert, liegt die Statistik erst jetzt komplett vor.

Bisher wurden die Hartz-IV-Sätze ermittelt, indem die Lebenshaltungskosten der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung betrachtet wurden – wobei die Langzeitarbeitslosen schon vorher herausgerechnet wurden. Von diesen Durchschnittswerten wurden dann noch Abschläge vorgenommen, um die Hartz-IV-Sätze festzulegen. Wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtet, arbeitet das Arbeitsministerium jetzt an diversen Modellrechnungen, zu denen auch eine Variante gehöre, in denen als Referenzgruppe nur noch die ärmsten 15 Prozent herangezogen werden.

„Damit würde der Hartz-IV-Regelsatz verkleinert“, kritisiert Rudolf Martens vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. „Mit dieser Manipulation lässt sich die Berechnung an die politischen Vorgaben anpassen.“

Die Regierung äußerte sich am Mittwoch nicht zu ihren diversen Modellen, sondern wird ihre Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze in zwei Schritten präsentieren. Am Montag wird zunächst die Rechenmethode vorgelegt. Eine Woche später, am 27. September, folgen dann die genauen Sätze, wie aus Koalitionskreisen zu erfahren war.

Die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze war nötig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht im Februar moniert hatte, dass sie völlig intransparent berechnet wurden. Vor allem diverse Abschläge, etwa bei Transportkosten oder

Strom, konnte das Gericht nicht nachvollziehen. Auch die Berechnung der Kinder-Sätze wurde verworfen, die derzeit je nach Alter bei 215 oder 251 Euro liegen.

Martens geht davon aus, dass die Hartz-IV-Sätze eigentlich 400 bis 420 Euro für einen Erwachsenen betragen müssten. Sollte die Regierung nun die Berechnungsgrundlagen ändern, ist für ihn „ein erneuter Gang vor das Bundesverfassungsgericht der logische Weg“.

Die Regierung kümmert sich jedoch nicht nur um das harte Geld, sondern auch um die Symbolik. Die Grundsicherung für Arbeitslose – im Volksmund schlicht Hartz IV – soll womöglich einen neuen Namen bekommen. Die genaue Bezeichnung stehe aber noch nicht fest, erklärte das Arbeitsministerium. **UH**

Mehr Umweltschutz auf dem Acker

Noch lehnt Landwirtschaftsministerin Aigner einen Kurswechsel bei den

Agrarsubventionen ab – ihre Beamten zweifeln, dass sie damit Erfolg hat

Von Martin Kotynek
und Daniela Kuhr

München – Am besten soll alles so bleiben, wie es ist – so lautet die Strategie von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), wenn es ums Geld für die Bauern geht. Bei Umwelt- und einigen Agrarverbänden steht sie dafür in der Kritik, denn von den Agrar-Milliarden, die jährlich an die Landwirtschaft fließen, profitieren vor allem Großbauern und Konzerne. Während bei den kleinen Höfen nur minimale Beträge ankommen, erhalten einzelne Großbetriebe Millionensummen. Im Gegenzug verpflichten sie sich, die Gesetze einzuhalten – eigentlich eine Selbstverständlichkeit, kritisieren Umweltschützer. Ihre Forderung, die Bauern zu mehr Umweltschutz zu verpflichten, hat das Ministerium aber bisher nicht aufgenommen.

Doch während die Ministerin offiziell weiter auf ihrer harten Position gegen Reformen beharrt, sind in ihrem Hause nicht alle auf Kurs. „Angesichts der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit und auf europäischer Ebene erscheint es zweifelhaft, ob diese Position am Ende durchsetzbar ist“, heißt es in einem vertraulichen Papier des Ministeriums. Die Beamten analysieren darin vier Modelle, wie sich die Agrarförderung so verbes-

sern lässt, dass die Bauern einen größeren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Sie kommen zu dem Schluss, dass das nur „mit obligatorischen Verpflichtungen“ zum Naturschutz zu erreichen wäre. Eines der Modelle sieht vor, dass Landwirte nur dann Förderung in voller Höhe bekommen sollen, wenn sie auf einem Teil ihrer Fläche Umweltprogramme umsetzen, also zum Beispiel auf Monokulturen verzichten, den Boden bei der Aussaat schonen oder Wiesen anlegen. Die Landwirte könnten sich aus einem Katalog aussuchen, welche Maßnahmen sie umsetzen wollen. Das neue System ließe sich stufenweise einführen, indem nach und nach auf einer immer größeren Fläche solche Umweltprogramme laufen müssten.

Insgesamt empfehlen die Beamten aber, für die Fortführung des bestehenden Systems der Agrarförderung einzutreten. Die Öffentlichkeit müsste „von den Nachteilen der Alternativmodelle überzeugt werden“, heißt es in dem Papier. „Sollte sich dies im Laufe der weiteren Diskussion als nicht durchsetzbar erweisen“, empfiehlt das Papier jedoch, auf den Wunsch nach mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft einzugehen. Die Basisprämie für die Bauern könnte gesenkt werden und die Landwir-

te dann Zusatzprämien für Umweltschutz erhalten. Auch ein Modell, bei dem mehr Umweltschutz die Voraussetzung für eine Förderung ist, wäre denkbar.

Als Einleiten einer Kehrtwende will man das Papier im Ministerium offiziell nicht verstanden wissen. „Unser bisheriges System der entkoppelten, regional einheitlichen Flächenprämien für Acker- und Grünland hat sich ohne Wenn und Aber bewährt“, sagte Agrarstaatssekretär Robert Kloos der *Süddeutschen Zeitung*. „Wir befinden uns gegenwärtig auf nationaler und internationaler Ebene in einem Diskussionsprozess. Da gibt es Vorschläge von allen Seiten, die wir intern selbstverständlich prüfen. Denn auch etwas, das gut ist, kann man sicher noch besser machen.“

Doch Deutschland kann nicht alleine entscheiden, wie es mit dem Geld für die Bauern weitergehen soll. Das Geld kommt aus Brüssel, und dort arbeitet die EU-Kommission gerade an einer Reform der Agrarförderung. Für die Verhandlungen hat Aigner sich bereits in Stellung gebracht: In dieser Woche unterzeichnete sie gemeinsam mit ihrem französischen Amtskollegen ein Positionspapier. Der Kernsatz darin: Der eingeschlagene Weg „muss fortgeführt werden“.